



NEUDRUCK

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

69. Sitzung (öffentlich)

10. Juni 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:01 Uhr bis 11:57 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen** **5**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13403

– Gespräch mit Gästen (*s. Anlage 1*)

- 2 Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!** **19**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13777

– Wortbeiträge

Der Ausschuss verständigt sich darauf, eine gemeinsame Sachverständigenanhörung mit dem Ausschuss für Schule und Bildung durchzuführen.

3 Belastungen von Kindern und Jugendlichen endlich ernstnehmen! 20

Antrag
der Fraktion der BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13775

– Wortbeiträge

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zu dem Antrag eine Sachverständigenanhörung durchzuführen.

4 Aktuelle Lage in der Corona-Krise im Kontext des Ausschusses/Quovadis Kitabetrieb? 21

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4470
Vorlage 17/5151

in Verbindung mit:

Impfstrategie der Landesregierung (*Bericht beantragt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5260

in Verbindung mit:

Umsetzung des „Aufholpakets“ in NRW (*Bericht beantragt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5276

in Verbindung mit:

Perspektive der Ferienfreizeit im Sommer 2021 (*Bericht beantragt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5247

in Verbindung mit:

Monitoring der Einrichtungen der frühkindlichen Bildung in NRW unter Pandemiebedingungen *(Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5246

in Verbindung mit:

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf LSBTI*Organisationen und -Initiativen in NRW *(Bericht beantragt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4])*

- | | | |
|-----------|--|-----------|
| a) | Themenbereiche „Kita“ und „Ferienfreizeiten“ | 22 |
| | – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| | – Wortbeiträge | |
| b) | Themenbereich „LSBTIQ*“ | 31 |
| | – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| | – Wortbeiträge | |
| 5 | Personal- und Qualifizierungsoffensive für Kindertageseinrichtungen
<i>(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)</i> | 35 |
| | – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| | – Wortbeiträge | |
| 6 | Gesetz zur Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes (WbG-Weiterentwicklungsgesetz) | 40 |
| | Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12755 | |
| | Ausschussprotokoll 17/1388 (Gespräch mit Gästen im AFKJ am 22.04.2021)
Ausschussprotokoll 17/1429 (Anhörung in WissA und HPA am 12.05.2021) | |
| | – Abschließende Beratung und Abstimmung | |
| | – Wortbeiträge | |

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. Die Fraktion der AfD hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

7 Kinder und Jugendliche gegen die Gefahren im Internet sensibilisieren und stark machen 42

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13769

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Zur Tagesordnung 45

hier: **Behandlung des Tagesordnungspunkts „Impfstrategie der Landesregierung“**

8 Berücksichtigung von LSBTIQ* beim Nordrhein-Westfalen-Pakt gegen Gewalt (Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 5]) 46

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5081 (Bericht an den AGF)
Vorlage 17/5297 (Bericht an den AFKJ)

– Wortbeiträge

9 Priorität der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen (Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 6]) 48

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5277

– keine Wortbeiträge

10 Verschiedenes 49

– keine Wortbeiträge

(Der Ausschuss hat sich entgegen der ursprünglichen Tagesordnung darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt als TOP 6 zu beraten.)

6 Gesetz zur Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes (WbG-Weiterentwicklungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12755

Ausschussprotokoll 17/1388 (Gespräch mit Gästen im AFKJ am 22.04.2021)
Ausschussprotokoll 17/1429 (Anhörung in WissA und HPA am 12.05.2021)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung am 3. März 2021 an den Wissenschaftsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Hauptausschuss, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung)

Das Gesetz gehe, so **Dr. Dennis Maelzer (SPD)**, in vielen Bereichen in die richtige Richtung. Leider sei aber dem Vorschlag, im Rahmen des AFKJ eine gemeinsame Sichtweise zu entwickeln und noch Einfluss auf den Gesetzentwurf zu nehmen – auch unter Berücksichtigung der dem Ausschuss gegenüber geäußerten Einschätzung von Vertretern der Familienbildung – nicht gefolgt worden.

Bei zwei Aspekten sehe die SPD Veränderungsbedarf. Die durch die Landesregierung in Auftrag gegebene Prognos-Studie gebe Auskunft über den Stellenwert der Arbeit in der Familienbildung, allerdings stellten Gebühren eine Teilnahmehürde dar. Falls sich dies im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses nicht mehr beheben lasse, könnte es gegebenenfalls auch im Rahmen der Haushaltsberatungen angegangen werden.

Zweitens spreche er sich für eine Abkehr von der im Gesetzentwurf vorgesehenen Höchstförderung aus. Er befürworte vielmehr eine Mindestförderung, um die notwendige Sicherheit zu gewährleisten.

Er wisse, dass sich in diesen Punkten kein Einvernehmen herstellen lasse. Da der Gesetzentwurf von diesen Aspekten abgesehen aber in die richtige Richtung weise, wolle die SPD sich ihm nicht verweigern.

Jens Kamieth (CDU) erwidert, er hätte sich gewünscht, dass die von Dr. Dennis Maelzer angesprochenen Punkte nicht erst jetzt und in Form eines mündlichen Vorschlags angebracht worden wären. Es falle schwer, sich jetzt noch dazu zu verhalten. Er hoffe

darauf, dass die Einigkeit im AFKJ über den Gesetzentwurf dadurch nicht beeinträchtigt werde und schlage vor, die angesprochenen Aspekte im federführenden Wissenschaftsausschuss zu diskutieren.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. Die Fraktion der AfD hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.